



Medienmitteilung

22.03.2021

Individualbesteuerung: Für mehr Frauen in der Wirtschaft!

Unter Federführung des Arbeitgeberverbands Basel und der Basler Ständerätin Eva Herzog setzt sich eine regionale überparteiliche Allianz für die Einführung der Individualbesteuerung ein. Die kürzlich lancierte eidgenössische Volksinitiative greift ein jahrzehntealtes Anliegen auf, welches die Heirats- und die Zweitverdienerinnen-Strafe abschaffen und somit den Fachkräftemangel reduzieren würde.

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» wurde vor zwei Wochen von Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, und der Baslerstädtischen SP-Ständerätin Eva Herzog sowie weiteren Vertreterinnen des nationalen Initiativkomitees in Bern der Öffentlichkeit präsentiert. Die nun in Basel-Stadt und Baselland unter Federführung des Arbeitgeberverbands Basel und Ständerätin Eva Herzog gegründete Allianz möchte die soeben gestartete Unterschriftensammlung massiv ankurbeln und somit zum Erfolg des Ansinnens beitragen.

Bei der Forderung für eine Individualbesteuerung handelt es sich nicht um ein isoliertes «Frauenanliegen», sondern um ein gesellschaftliches und gesamtwirtschaftliches Thema. Entsprechend breit ist auch die regionale Allianz aufgestellt: Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichsten politischen Lagern aus den Kantonen Basel-Stadt und Baselland – FDP, GLP, Grüne, LDP, Die Mitte, SP, SVP – setzen sich gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Basel für die Initiative ein und beweisen damit, dass es an der Zeit ist, dieses Anliegen zum Durchbruch zu bringen. In der Schweiz laufen bereits seit Ende der 90er-Jahre Bestrebungen zur Einführung der Individualbesteuerung, bis jetzt führten diese jedoch zu keiner realen Veränderung.

Mit der Individualbesteuerung könnten sowohl die sogenannte «Heiratsstrafe», die Ehepaare und eingetragene Partnerschaften heute steuerlich benachteiligt, als auch die Zweitverdienerinnen-Strafe aus dem Weg geräumt werden. Ein gerechteres Steuersys-



tem würde das verfassungsmässige Prinzip der Besteuerung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit umsetzen – eben unabhängig vom Zivilstand. «Unser Steuersystem sollte endlich die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts widerspiegeln – mit Frauen, die auch finanziell auf eigenen Beinen stehen, ihre Ausbildung nutzen können und in der Lage sind, eigenständig vorzusorgen», so die Basler Ständerätin Eva Herzog, die als Mitglied des Initiativkomitees die regionale Allianz mitinitiiert hat.

Die Auswirkungen der heutigen Besteuerung auf die Arbeitstätigkeit, vor allem von Frauen, müssen aber auch aus wirtschaftlicher Sicht dringend angegangen werden. «Das Zweitverdienereinkommen – das heute mehrheitlich das Einkommen der Frau ist – wird im heutigen System steuerlich benachteiligt, was dazu führt, dass sich die Arbeit der Frauen oft nicht lohnt», sagt Saskia Schenker, Direktorin des Arbeitgeberverbands Basel. «Das darf nicht sein, denn wer arbeitet, soll dafür nicht steuerlich bestraft werden». «Mit der Einführung der Individualbesteuerung werden negative Erwerbsanreize beseitigt. So kann dem Fachkräftemangel in der Schweiz entgegengewirkt werden, das ist auch im Interesse der Arbeitgeber», betont Beat Hauenstein, Präsident des Arbeitgeberverbands Basel. Dieser ist Mitglied im «Verein Individualbesteuerung Schweiz»; die Arbeitgeber sind ausserdem mit ihrem nationalen Präsidenten Valentin Vogt des Schweizerischen Arbeitgeberverbands im Komitee engagiert.

Die regionale Allianz zur Unterstützung der Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» plant für die Unterschriftensammlung in Basel-Stadt und Baselland diverse Aktionen. Aufgrund der Covid-19-Situation fand der Auftakt per Video-Konferenz statt.

Weitere Informationen:

Eva Herzog, Ständerätin Basel-Stadt, SP, Mitglied Initiativkomitee, Tel. 079 790 34 79

Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, Tel. 079 212 78 65

www.individualbesteuerung.ch



Mitglieder der regionalen Allianz für eine Individualbesteuerung in der Schweiz

Laetitia Block (Präsidentin Junge SVP BS), Jessica Brandenburger (Grossrätin SP BS), Sandra Bothe-Wenk (Grossrätin GLP BS), Roman Brunner (Fraktionspräsident SP BL), Katja Christ (Nationalrätin, Präsidentin GLP BS), Michael Durrer (Präsident Grüne BL), Andreas Dürr (Fraktionspräsident FDP BL), Erika Eichenberger (Landrätin Grüne BL), Annina von Falkenstein (Grossrätin LDP BS), Patricia von Falkenstein (Präsidentin LDP BS), Denise Gilli (FDP Frauen BS), Maya Graf (Ständerätin BL Grüne), Laura Grazioli (Landrätin Grüne BL), Beat Hauenstein (Präsident Arbeitgeberverband Basel), Balz Herter (Präsident und Grossrat Die Mitte BS), Eva Herzog (Ständerätin BS SP), Lydia Isler-Christ (Grossrätin LDP BS), Eva Jenisch (Vorstand FDP BS), Andrea Knellwolf (Grossrätin Die Mitte BS), Toya Krummenacher (Grossrätin SP BS), Miriam Locher (Präsidentin SP BL und Landrätin), Isabelle Mati (FDP Frauen BS), Pascal Messerli (Fraktionspräsident SVP BS), Pascal Pfister (Präsident und Grossrat SP BS), Lucio Sansano (Präsident Jungfreisinnige BL), Karin Sartorius (Grossrätin FDP BS), Saskia Schenker (Direktorin Arbeitgeberverband Basel, Präsidentin und Landrätin FDP BL), Dominik Scherrer (Präsident Jungfreisinnige BS), Daniela Schneeberger (Nationalrätin FDP BL), Regula Steinemann (Landrätin GLP BL), Andrea Strahm (Fraktionspräsidentin Die Mitte BS), Balz Stüchelberger (Landrat FDP BL), Jérôme Thiriet (Grossrat Grüne BS), Joël Thüring (Grossrat SVP BS), Thomas Tribelhorn (Präsident GLP BL), Luca Urgese (Präsident FDP BS, Grossrat), Fleur Weibel (Grossrätin Grüne BS), Christina Wicker-Hägeli (Landrätin GLP BL), Lea Wirz (Grossrätin Grüne BS), David Wüest-Rudin (Grossrat GLP BS)